

SCHLUSS MIT DER BÜROKRATIE

NICHT NUR REDEN
SONDERN HANDELN!



FRAKTION SACHSEN



Herausgeber:

AfD Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

V.i.S.d.P: Andreas Albrecht Harlaß
Pressesprecher



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
fb.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
<http://bit.ly/1L9TbI>

FRAKTION SACHSEN



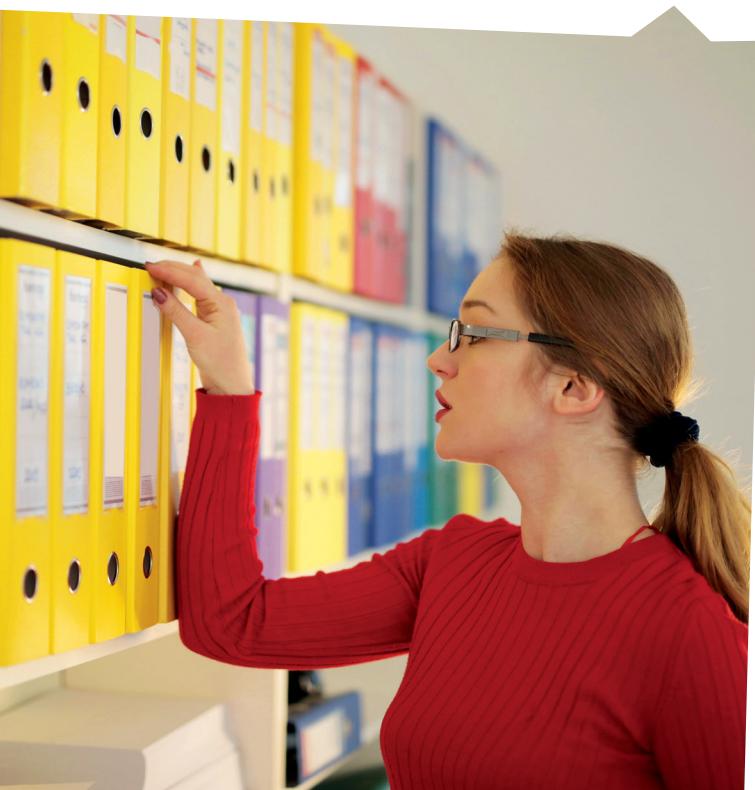
AFD-FRAKTION-SACHSEN.DE

Bürokratieabbau

Das Schlagwort „**Bürokratieabbau**“ ist in den letzten Jahrzehnten zu einer gern genutzten Worthülse geworden, nicht nur, aber vor allem in der Politik. Was dem Versprechen jedoch stets folgte war ein Anstieg und kein Abbau.

Verantwortlich dafür sind die Gesetzgeber auf Landes- Bundes- und EU-Ebene mit ihren regierungs-tragenden Mehrheiten. Allein zwischen 2017 und 2018 erhöhten sich aber beispielsweise die durch Informationspflichten bedingten Bürokratiekosten in Deutschland von rund 45 Milliarden Euro auf etwa 50 Milliarden Euro.

Und das trotz der sogenannten Bürokratiebremse, den Bürokratieentlastungsgesetzen I und II und der Modernisierung des Vergaberechts!



Die AfD-Fraktion Sachsen hat seit Jahren mit vielen Anträgen, die Staatsregierung zum umgehenden Handeln aufgefordert:

- sich für die Abschaffung der Kassenbon-Pflicht für Beträge bis 30 Euro einzusetzen,
- sich im Bundesrat und in den Ausschüssen des Bundestages für die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einzusetzen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sämtliche von Präventivschließungen betroffenen Unternehmen einen Rechtsanspruch auf Ersatz für nicht gedeckte Betriebsausgaben für die gesamte Dauer der Schließungen nach § 56 IfSG erhalten,
- bei Unternehmenshilfen mehr mit Zuschüssen anstatt mit Krediten und aufwendigen Förderrichtlinien zu operieren,
- den Umbau der „Kontaktstelle Lieferketten“ zu einer aktiven Angebotsstelle für Unternehmen, die von Störungen oder Unterbrechungen ihrer internationalen Lieferketten betroffen sind,
- sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Instrumente für eine wirksame Steuerkontrolle künftig vom Steuereinnehmer bezahlt werden.

Die konkreten Anträge sind unter den Drs. 7/2195, 7/2779 und 7/3651 zu finden.

<http://edas.landtag.sachsen.de>